

und ... die angesehene des bevorstehenden Ablaufs des Baseler „Stillestands“, ...

Die Antwort wurde in Washington bereits im Prinzip entworfen: Amerika überläßt Deutschland seinem Schicksal, und Frankreich übernimmt die Führung, um auf Kosten der wertvollen Massen Deutschlands eine vermeintliche „Lösung“ der unüberwindlichen Schwierigkeiten zu finden.

Das ist der allgemeine Hintergrund der neuen Diskussion um den Youngplan, die heute wieder die Spalten der Bourgeoisblätter aller Länder füllt, und der geheimen diplomatischen Verhandlungen, die mit der Rückkehr Lauals ihren Anfang genommen haben.

Die französische Imperialistenpresse macht in diesem Zusammenhang aus ihrem Herzen keine Würdegrube. Sie erklärt mit frecher Stirn, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland nur möglich sei auf der Basis einer völligen Unterwerfung Deutschlands unter der Diktatur des französischen Imperialismus. Die englische Presse bestärkt diese Tatsache ebenfalls mit Nachdruck. So schreibt zum Beispiel das größte englische Finanzblatt, die „Financial Review“ in einem Leitartikel, es sei unumwandelbar, daß die von Laual ins Auge gefaßten Maßnahmen nur von sehr begrenztem Wert sein würden und daß Frankreich nur dann einer Verständigung mit Deutschland zustimmen werde, wenn Deutschland politische Zugeständnisse mache.

Als Laual das Schiff verließ, das ihn von Amerika zurückgebracht hatte, erklärte er vor französischen Pressevertretern, daß er von Hoover die Zusicherung erhalten habe, daß eine neue „Zwischenlösung“ der Reparationsfrage, falls sie unvermeidlich sein sollte, nur auf der Basis und im Rahmen des Youngplans liegen dürfe. Das bedeutet, daß nach Ablauf des Hoovermoratoriums der Youngplan wieder voll in Kraft tritt.

Aber die internationale Lage und die Lage Deutschlands hat sich seit dem Beginn des Hoovermoratoriums entscheidend geändert. Der Youngplan kann schon nicht mehr „einfach“ wieder in Kraft treten. Die Abhängigkeit Deutschlands vom internationalen Finanzkapital hat sich um das Vielfache verstärkt. Deutschland war in der internationalen Politik noch nie so isoliert wie gegenwärtig. Der österreichische Trumpf wurde ihm aus der Hand geschlagen. England und Amerika wurden durch die Krise an die Seite Frankreichs gedrängt. Es gibt in der ganzen kapitalistischen Welt keine Macht, von der das kapitalistische Deutschland irgendwelche Hilfe erwarten könnte. Zu alledem kommt eine ungeheure private Schuldenlast von 18 bis 20 Milliarden Mark, deren Zinsen ebenfalls nichts anderes sind als eine Form von Tributen. Von diesen 18 bis 20 Milliarden Mark wurden fast 12 Milliarden in Gestalt von kurzfristigen Krediten aufgenommen, die nach Ablauf des Stillstandes am 1. Februar 1932 von den ausländischen Gläubigern zurückgezogen werden können. Das kapitalistische Deutschland geht einer neuen Katastrophe von ungeahnter Ausmaß entgegen.

Die Verhandlungen um den Youngplan und um eine Regelung der Schuldentilgung können unter diesen Umständen nur zu einer noch tieferen Demütigung und Verflechtung Deutschlands führen. Die Ketten des Youngplans werden nach dem Ablauf des Hoovermoratoriums zehnmal schwerer auf den wertvollen Massen Deutschlands lasten als zuvor. Der beschlossene Laualbericht, der den Baseler Beschlüssen zugrunde lag und der nichts anderes ist als ein Kolonialstatut für Deutschland, gewinnt damit erst konkrete Gestalt durch die fortschreitende Verwandelung Deutschlands in eine Finanzkolonie des amerikanischen und französischen Finanzkapitals.

Die Brüningregierung hat die Verhandlungen mit Frankreich auf der Grundlage der Berliner Beschlüsse und der Ergebnisse der Washingtoner Konferenz bereits aufgenommen. Diese Linie ist klar und eindeutig: Verkündung mit Frankreich um jeden Preis. Alle Tatsachen der letzten Zeit sind ein deutliches Bekenntnis zu dieser Linie, deren Grundzüge die außenpolitische Bindung Deutschlands an Frankreich ist. Die beispiellose Hege der „Germania“, des offiziellen Regierungsorgans Brünings, gegen die Sowjetunion und unzählige Äußerungen führender Regierungsveterane vertreten den Beginn einer gegen die Sowjetunion gerichteten Schwankung in der internationalen Politik der deutschen Bourgeoisie, die der Preis für die Freundschaft mit Frankreich ist.

Die Nationalsozialisten, die Helden der nationalen Demagogie, haben in der Frage des Youngplans einen offenen Frontwechsel vorgenommen. Was ist geblieben von ihrem bombastischen Selbstgefühl gegen die Tributzückerel. Durch ihre Taten haben sie sich eindeutig entlarvt. Wir erinnern nur an ihre zweimalige Ablehnung der kommunistischen Anträge auf Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und auf Einstellung der Tribute- und Zinszahlungen. Wir erinnern daran, wie sie auch bei der letzten Reichstagsagung sich vor der Ablehnung über die kommunistischen Anträge feige drückten.

Die Hitler und Hugenberg haben bereits insofern ihren Feinden mit dem „Erbeind“ geschlossen. Je näher die Hitlerpartei den Ministerposten rückt, um so entscheidender wird sie auch in der Reparationsfrage von ihrer nationalen Demagogie abdrücken müssen und die Waage vollends fallen lassen.

Die einzige Partei, die einen rücksichtslosen Kampf gegen das Youngsystem und die Versaillesklaverel führt und führen kann, ist die kommunistische Partei. In unzähligen Erklärungen und parlamentarischen Anträgen haben wir Kommunisten unsere Stellung zu Versailles und zum Youngplan vor Deutschland und vor dem internationalen Proletariat dargelegt. Während die Sozialdemokratie als Schildeknappe der Brüningdiktatur die Hauptstütze der Youngsklaverel ist, haben wir Kommunisten den wertvollen Massen in der Reparationsfrage stets ungeschminkt die volle Wahrheit gesagt.

Im Angesicht der neuen Sklavenketten, die in Paris für das deutsche Volk geschmiedet werden, rufen wir die wertvollen Massen Deutschlands zum Kampf. Der Kampf gegen den Youngplan ist der Kampf gegen das kapitalistische System, gegen den Rotterordnungskurs, gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau, gegen Steuer- und Zollwucher, gegen die Entrechtung und Ausplünderung der wertvollen Volksmassen.

Wer gegen den Youngplan ist, kämpft gegen Brüning. Wer gegen den Youngplan kämpfen will, steht in der Streikfront der Betriebe, in der Front des Massenkampfes gegen Hunger und Not.

In Deutschland selbst liegt der Schauplatz des Kampfes gegen das Youngsystem.

Hier ist Rhodus, hier springe!

Freidener für rotes Volksbegehren

Dresden, den 5. November

Gestern trat die erweiterte Leitung des Unterbezirks Dresden des Verbandes proletarischer Freidener zusammen um zu den Aufgaben der Organisation Stellung zu nehmen. Einmütig wurde Protest gegen das Verbot der KPD-Revolutionen ausgesprochen. Als beste Antwort wurde Massenmobilisierung gegen den Faschismus erklärt. Zur roten Volksbegehren der KPD wurde eine Entschließung einstimmig angenommen:

Massenstreikposten in Hamburg

Der Streik im Hamburger Hafen geht ungedrungen weiter / SPD- und Naziführer organisieren den Streikbruch!

Hamburg, 4. November (Fig. Meld.)

Am Nachmittag, ebenso wie am frühen Morgen kanten sich die Massenstreikposten in den Zugangsstraßen zum Hafen gegen 14 Uhr leuchten mit großer Heftigkeit die Polizeiaktionen ein. Der kommunistische Bürgerbeauftragte, Genosse Eichhoff, wurde von drei Schupos zu Boden geschlagen, verhaftet und zur Wache gebracht.

Hamburg, 4. November. (Fig. Bericht.) In den gestrigen Nachmittags- und heutigen Vormittagsstunden hat der Streik der Hafenarbeiter noch eine Verkürzung erfahren. Der Streik geht ungedrungen weiter. Zahlreiche Arbeiter der festen Betriebe haben sich dem Streik angeschlossen. Zahlreiche Schiffe können nicht geladert werden. Bei der Jagd wird nur auf einem Bruchteil der Schiffe gearbeitet und auch dort nur teilweise. Auf einer ganzen Reihe von Schiffen versuchte man, die Schiffsbesatzung zum Lösen und Laden heranzuziehen. Doch haben die Maschinisten und Heizer in fast allen Fällen Streikbrucharbeit abgelehnt.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer organisieren wieder den Streikbruch. Die sozialdemokratischen Gruppenräte des Gesamtverbandes haben für heute morgen den Aufruf erhalten, mit vorstandstreuen Mitgliedern des Gesamtverbandes und der SPD den Streikbruch durchzuführen. Beispielsweise wurde der sozialdemokratische Gruppenrat Frenzel beauftragt, heute vormittag 11 Uhr mit einem geschlossenen Trupp Hafenarbeiter in der Vermittlungskasse „Rehr-wieder-Spize“ zu erscheinen, um dort Streikbrecher vermitteln zu lassen.

Gleichzeitig werden auch ganze Gruppen von Nazis, die keine Hafenarbeiter sind, als Streikbrecher eingesetzt.

Gemeinsam fallen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und die Naziführer den gegen den Lohnabbau kämpfenden Hafenarbeitern in den Rücken. Die Hamburger Naziführung erlaubt sich die freche Behauptung, daß die Nazipartei gegen den Streikbruch sei und jedem Nationalsozialisten verboten habe, den Hafenarbeitern in den Rücken zu fallen. Aber die Tatsachen entlarren die Behauptung als ein freches Schwindelmanöver der den Adressat der betrogenen bisherigen Nazianhänger befürchtenden Naziführer.

Der Polizeieinsatz ist von dem sozialdemokratischen Polizeiführer ungeheuer verstärkt worden.

Diese Nachrichten aus Hamburg zeigen, daß sozialdemokratische Gewerkschaftsführer gemeinsam mit den Naziführern vorgehen, um den Arbeitern den Lohnabbau aufzuzwingen. Das Hamburger Naziblatt versucht die Streikbruchaktion abzuleugnen. Dagegen schreibt das Berliner Organ der Nazis, der „Angriff“, über „kommunistische Streikhege im Hamburger Hafen“. Der „Angriff“ billigt vollkommen den Streikbruch und freut sich über den großen Einsatz von Polizei.

In ganz Deutschland wird die Arbeiterschaft mit ungeheurer Empörung die Streikbruchaktion der Naziführer zur Kenntnis nehmen. An alle Arbeiteranhänger der Nazipartei muß jetzt die Frage gestellt werden, ob sie es billigen, daß die Naziführer im Profitinteresse der Großkapitalisten den Streikbruch organisieren, um den Arbeitern das notwendige Stück Brot vom Munde zu reißen? Es gibt nichts Erbärmlicheres, als Arbeitern, die gegen eine weitere Kürzung ihrer fälligen Löhne streiken, in den Rücken zu fallen. Aber dafür werden die Naziführer von den Großkapitalisten finanziell unterstützt. Wir sind überzeugt, daß tausende bisher irreguläre Nazianhänger nun mit der verdrehten Führerschaft der NSDAP brechen werden, da der von ihnen organisierte Streikbruch im Hamburger Hafen jedem einfachen Arbeiter klar zeigt, daß die Naziführer gefaufte Agenten der Großkapitalisten sind.

SPD wählt Nazi-Bürgermeister!

Der Dresdner Anzeiger veröffentlicht folgende Meldung über die Bürgermeisterwahl in Rastau:

„Bürgermeisterwahl in Rastau“

Die Gemeindeverordneten von Rastau i. C. hatten vor einiger Zeit den kommunistischen Schriftsteller Weidenmüller aus Rastau zum Bürgermeister gewählt, doch war er nicht bestätigt worden, weil er kurz zuvor wegen Aufforderung zur Steuererweigerung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Daher mußte eine Neuwahl vorgenommen werden. Sie endete mit dem Siege des bürgerlichen Kandidaten, des Obersekretärs Scheller aus Rastau, der von den Bürgern und den Nationalsozialisten gewählt wurde. Ihren Stimmen standen fünf kommunistischen Stimmen gegenüber; die Sozialdemokraten enthielten sich in der Stichwahl mit ihren drei Stimmen der Abstimmung und ermöglichten dadurch Schellers Wahl.

Diese Meldung des Bourgeoisblattes kennzeichnet die typische SPD-Haltung als offene, eindeutige Schrittmacherei für den Faschismus. Hier stand ein klassenbewußter Arbeiter, ein wirklicher Marxist, einem Nazikandidaten gegenüber. Die SPD ermöglichte dessen Wahl, weil sie lieber zehnmal mit den brutalsten Feinden der Arbeiterschaft, als einmal mit den Kommunisten geht.

Dieses lächerliche Beispiel wird ergänzt durch Vorgänge in der Hamburger Arbeiterschaft, deren Kastenenauswahl am Dienstag zum erstenmal nach der Neuwahl stattfand. In dieser Sitzung enthielten die Hamburger SPD-Führer mit einer geradezu beispiellosen gynaischen Offenheit ihr sozialfaschistisches Gesicht. Bei der Beratung über die Befragung des Präsidiums der neuen Arbeiterschaft erklärte der berüchtigte Echo-Redakteur Dahrendorf wörtlich:

„Wieder mit zehn Nazis als mit einem Kommunisten ins Präsidium!“

SPD-Arbeiter! Hier steht ihr die wahren Stützen des Faschismus in ihrer ganzen Erbärmlichkeit! Antwortet darauf! Schließt euch der antifaschistischen Volksaktion der KPD, dem roten Volksbegehren, an!

SPD-Gemeindeverordneter zur KPD

Neue Ortsgruppe in Jöhren gegründet — 40 Aufnahmen in vier Versammlungen

Dresden, 5. November.

Der Vorwärts der kommunistischen Partei in Sachsen hat auch außerhalb der Großstädte in den letzten Tagen eine neue Steigerung erfahren. In Jöhren-Remmich trat der SPD-Gemeindeverordnete Genosse Daga, ein langjähriger aktiver Funktionär der SPD, zur kommunistischen Partei über. Er gibt zu

RSD-Streiks in Berlin

Berlin, 5. November (Fig. Meld.)

Die Streikstimmung in den Berliner Metallbetrieben wogte am Montag in der erste Metallarbeiterstreik ausgebrochen. Am Montag ist ein neuer Betrieb in den Streik getreten. Die Firma Vahterhand und Freitag in dem Streik getreten. Der Streik gegen den sechshundertprozentigen Lohrabau ausgebrochen. Streik bei der Firma Lindner, der am Montag begonnen wird von den Kollegen geschlossen weiter geführt.

Im Siemens-Dynamowerk wurde ein 40prozentiger Anstieg der Lohnsätze beantragt. Die Kollegen aus der Abteilung Wälzwerke leisteten geschlossenen Widerstand und zwangen den Betriebsleiter den beantragten Lohnabbau wieder zurückzunehmen. Jetzt versuchen die Unternehmer die Löhne betriebsmäßig abzubauen. Immer häufiger wird der Widerstand der Metallarbeiter, die unter Führung der RSD und des roten Metallarbeiterverbandes kämpfen werden.

1000 Sägewerksarbeiterstreike

Remer, 3. November. (Fig. Ber.)

Gestern sind in den Remer Sägewerken etwa 1000 Arbeiter in den Streik getreten. Die Sägewerksunternehmer hatten den Lohnsatz gesenkt und gleichzeitig eine Senkung der Löhne um 20 Prozent vorgezogen. Unter dem Druck der Arbeiter wurde von den Gewerkschaften erklärt, daß die Arbeiter nicht einen Abbau, sondern einen Aufbau der Löhne um 20 Prozent verlangen. Verhandlungen mit dem Unternehmer kamen nur in Frage, wenn der Arbeitgeberverband an den herigen Löhnen keinerlei Senkung vornimmt. Daraufhin kündigte die Unternehmer durch Ausschluß eine Lohnkürzung von 10 Prozent an. Der Lohnabbau sollte am 5. November in Kraft treten und erstmalig bei der Auszahlung am 15. November sollten die gekürzten Löhne zur Auszahlung kommen. Die heftige Antwort der Arbeiter war der Streikbeginn in Remer Sägewerksbetrieben.

Streikwille bei Telegrafenerarbeitern

Berlin, 4. November. (Fig. Meld.)

Wie aus den Versammlungen der verschiedenen Abteilungen und Zweigstellen der Telegrafenerbeiter mitgeteilt wird, herrscht tiefe Empörung über den gefällten Lohnabschluß. Die Telegrafenerbeiter sind sich gewiß, daß sie aus dem Gesamtverband zu erwarten haben, sondern sind sich darüber, daß der Schlußabschluß von diesem geschlossen werden würde. Die Mehrzahl sprach sich für den Streik aus.

Zwei rote Betriebsräte bei Anton Reich gemäßigert!

Dresden, den 5. November

Die Direktion der Firma Anton Reich A.G. hat sich kurz vor Redaktionsschluss erfahren, zwei rote Betriebsräte auf die Straße geworfen, die gefälligst festgelegte Zustimmung des Betriebsrates zu hohlen. Diese Maßnahme ist ein Teil der Vorbereitung der Lohnabbauoffensive der Unternehmer. Wie wir morgen über die Vorgänge ausführlich berichten.

Neue Polizeiaktionen in Sachsen

Triumphierend meldet die bürgerliche Presse, daß die Polizei in Zwickau, Schwarzenberg und Bermgrün eine große Aktion gegen die KPD und die revolutionären Massenorganisationen durchführte. In Schwarzenberg drang man in den Kampfbund ein und das Volkshaus, in Bermgrün in die Arbeiter-Sporthalle ein. Verhaftungen wurden vorgenommen. Irigendwelchem beschlaggenommenen Material weig die Polizei nicht zu berichten. In Schwarzenberg und Bermgrün herrscht unter der Arbeiterschaft wegen des Eindringens der Polizei in die Gebäude der Arbeiterorganisationen außerordentliche Erregung.

Dschinabahn abgebrochen?

Japans Generale verstärken die Provokationen

Bürgerlichen Meldungen aus Mukden zufolge sollen die japanischen Truppen bereits Tschifur, 40 Kilometer nördlich der Dschinabahn, und Aganisch, südlich derselben besetzt haben. Gleichzeitig haben japanische Infanterietruppen den Marsch nach Chardin angetreten.

Diese Meldungen zeigen das Wachen des Kriegsbandes im Fernen Osten, der geführt wird von den Imperialisten Englands und Frankreichs, um die Kriegesfäden in das Reich des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion zu schlängeln. Die Arbeiter aller Länder müssen ihre Stimme erheben und Kampf gegen die antisowjetischen Kriegshetze und ihre Eingreifen einen Weiberfall auf die russischen Arbeiter und Bauern verhindern! Hände weg von der Sowjetunion! Nieder mit den imperialistischen Brandstiftern!

Einen Tag nach den Wahlen hat der mecklenburgische Innenminister die kommunistische Tageszeitung Mecklenburg, „Volkswacht“, auf vier Wochen verboten. Ebenfalls wurde die „Tribüne“, Magdeburg, auf vier Wochen verboten.